

Volkstimme

Die Volkstimme erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.
Verantwortlicher Redakteur: Friedr. Bahle, Magdeburg.
Für den Inseratenteil: Carl Lankau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbauer, Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von E. Arnoldt, Magdeburg.
Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt 1.

Stranumerando zahlbarer Abonnementspreis:
Bierteljähr. inkl. Bringerlohn 2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk. exkl. Bestellgeld.
—
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
—
Zeitungsliste Nr. 7242.
Inserationsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.
Unterhaltungsbeilagen der Volkstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 26 Magdeburg, Freitag, den 31. Januar 1896. 7. Jahrgang.

Die Vertreter der Arbeit.

Mehr denn je wird augenblicklich um die Gunst des armen Mannes gekämpft; es ist ergötlich zu sehen, wie sehr die Vertreter bürgerlicher Parteien sich mühen, der Arbeiterschaft zu beweisen, daß auch sie ein Herz für das arme, geplagte Volk haben. In der Liebe für die wirtschaftlich Schwachen wird die Rechte von keiner Partei übertroffen, am allerwenigsten von den Sozialdemokraten. Das sagte der Graf Moon und sein politischer Freund v. Standy verfiel sogar zu der doppelköhnen Behauptung, daß der Großgrundbesitz noch viel mehr die Interessen der arbeitenden Klassen vertritt als die Sozialdemokratie. Als „wahrer“ Vertreter der Arbeiter präsentierten sich auch Herr v. Stumm, und Centrum, National-liberale und Freisinnige beeilten sich, durch ihre Vertreter erklären zu lassen, daß auch sie berufen sind, des Arbeiters Wohlfahrt zu erkämpfen.

Wie sich die Zeiten ändern — vor etlichen Jahrzehnten, als die Arbeiter politisch unorganisiert waren, teilnahmslos die Dinge, wie sie kamen, über sich ergehen ließen, den Schwanz bürgerlicher Parteien bildeten, nur gut, für dieselben die Kastanien aus dem Feuer zu holen, hatte das satte Bürgertum kein tröstendes oder helfendes Wort für das misera contribuens plebs — das arme, steuerzahlende Volk. Ein Umschwung trat erst ein, als Kasse der Arbeiterschaft den Hammer (das allgemeine Wahlrecht) in die Hand drückte, mit dem sie jung schmieden sollte den alten moischen Staat. Damit löste sich die Arbeiterschaft los von dem fortschrittlichen Heerlager, schuf eigene Organisation, erhob selbständig Forderungen und verlangte eigene Vertretung — diese Vertretung ist der Arbeiterschaft entstanden, schneller als das Bürgertum geahnt, welches durch die Wucht der Thatfachen belehrt, daß es unklug gewesen war, die Arbeiterklasse verächtlich beiseite geschoben zu haben.

Wir geben zu, daß es auch heute noch sehr viel Arbeiter giebt, welche der organisierten Arbeiterschaft fern stehen und meinen von den Vertretern bürgerlichen Parteien genügend geschätzt zu sein; es kann aber keinen Augenblick geleugnet werden, daß die Arbeiterklasse, soweit sie politisch organisiert ist, heute in der Sozialdemokratie ihre Vertretung hat. Der Kampf der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Organisationen der Arbeiter, insbesondere der Kampf gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen beweist zur Genüge die Macht, welche diese Partei in Staat und Gesellschaft errungen und beweist fürder, daß diese Macht gefürchtet wird, noch der Erklärung: Wir Deutschen fürchten nichts auf dieser Welt.

Je tiefer der von der organisierten Arbeiterschaft vertretene Sozialismus in die Massen drang, je mehr die Reihen der bürgerlichen Parteien sich lichtetten, je intensiver änderte das Bürgertum seine Taktik, wurden die von den einzelnen Parteien festgelegten Programme geändert. Auch Organisationen schossen wie Pilze aus der Erde, welche die noch nicht vom Sozialismus beledeten Arbeiter aufnehmen und dem Bürgertum erhalten bleiben sollten — man gebürdete sich sozial und plante das Wohl der Arbeiter durch Versicherung und Arbeiterschutz. Aber alle diese Reformen gleichen dem Zuckerbrot, das dem arbeitenden Volke gegeben werden sollte, nachdem es die Peitsche des Sozialistengesetzes jahrelang zu fühlen hatte. Wurde doch vor kurzem im Reichstage festgelegt, daß konservative Abgeordnete nur deshalb für die Alters- und Invaliditätsgesetzgebung gestimmt, weil sie angenommen, daß das Sozialistengesetz erhalten bleibe und gegen diese Gesetze gestimmt hätten, wenn sie gewußt, daß die Aufhebung des Sozialistengesetzes geplant gewesen — scharfer kann die Arbeiterfreundlichkeit gewisser Politiker doch wahrlich nicht gekennzeichnet werden.

So wenig wie die von der bürgerlichen Gesellschaft in das Leben gerufenen Organisationen der Arbeiter den Siegeslauf der klassenbewußten Arbeiter aufzuhalten in der Lage sind, so wenig vermag die von derselben Gesellschaft inaugurierte Sozialreform die sozialdemokratische Bewegung zu unterdrücken. Im Gegenteil, sie schöpft aus dieser Sozialreform neue Kraft zu neuen Kämpfen. Treffend rief Bebel am Dienstag im Reichstag dem Vertreter der verbündeten Regierung zu: „Wenn Sie der Sozialdemokratie wirklich Einhalt thun wollen, dann müssen Sie sozialdemokratische Maßregeln einführen, welche die Arbeiter zufriedenstellen.“ Und spöttisch fuhr Bebel fort: „Mit diesem Vorschlag untergraben wir Sozialdemokraten unsere eigene Stellung.“ Was die Arbeiter am tiefsten verletz, ist die Haltung gewisser Politiker, deren Einfluß auf die Gesetzgebung unberechenbar ist, die mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht die Gleichberechtigung der Arbeiter bekämpfen mit der phrasenhaften Bemerkung, daß die Arbeitgeber auch kein volles Koalitionsrecht besitzen. Wenn die Vertreter bürgerlicher Parteien so thun, als ob

sie das wahre Wohl der Arbeiter erstreben, so thun sie dies nicht ohne Hintergedanken — als Defert: Knebelung der Arbeiterbewegung. Die Vertreter des Kapitalismus müssen den Koalitionsbestrebungen der Arbeiter entgegen-treten; der Kapitalismus gebraucht billiges Arbeitermaterial, das für ihn arbeitet, nach seiner Pfeife tanzt. Aber die Arbeiter haben aus der Vergangenheit gelernt, sie lassen sich weder durch das Zuckerbrot einlullen, noch durch die Peitsche einschüchtern. Die Arbeiterschaft, soweit sie sozialistisch denkt, hört wohl die Pfeife der Kapitalprogen — tanzt aber nicht darnach.

Politische und sozialwirtschaftl. Uebersicht.

In einigen kolonial-begeisterten Blättern wird bereits eine **Kanzlerkrisis** in Erwägung gezogen. Als Nachfolger des Reichskanzlers werden bereits einige Persönlichkeiten genannt. Und diese Peze gegen den Kanzler deshalb, weil er kein Freund der projektierten Marinevorlage sein soll, welche die Kolonialschwärmer so sehr wünschten. Wir haben bereits früher geäußert: Sollte die Reichsregierung eine Vermehrung der Flotte planen, so wird sie mit einer diesbezüglichen Vorlage an den Reichstag herantreten. Der Widerspruch eines Einzelnen vermag hieran nichts zu ändern. Solche „Hindernisse“ werden überwinden.

Zu einem **Kriege gegen England** heßt Abgeordneter von Karborff in den Berliner Neuesten Nachrichten. Deutschland könne nicht dulden, daß Englands Wille allein den Erdball beherrsche und freie Gemeinwesen vergewaltige. Die Verstärkung der deutschen Flotte sei deshalb eine unabwendbare und unaufschiebbare Notwendigkeit. Moderne „Friedensapostel“.

Die **Vossische Zeitung** bestätigt, daß mit dem **Rücktritt des Herrn von Köller** in der inneren Politik sich nichts geändert hat. Es soll noch immer derselbe Faden gesponnen werden, wenn auch in weniger grober Nummer. Das war doch vorauszu sehen.

Zeugniszwang

Sechs Redakteure des Vorwärts sind auf Freitag morgen vor den Untersuchungsrichter geladen, um in einer Disziplinarmittelungsache gegen „Unbekannt“ Zeugnis abzulegen. Der Vorwärts weiß nicht, welcher Fall die sechs Redakteure nach Moabit führt, doch handelt es sich vermutlich um den jüngsten Erlass betreffend die Begnadigung von Militärpersonen, der, ehe er vom Reichsanzeiger veröffentlicht war, vom Vorwärts veröffentlicht wurde. Ging doch unlängst die Notiz durch die bürgerlichen Zeitungen, daß dieserhalb eine strenge Untersuchung eingeleitet werden würde. Nachdem das Kammergericht entgegen einiger deutscher Gerichte ausgesprochen hat, der strafprozessualische Zeugniszwang sei in Disziplinarsachen analog anzuwenden, ist der Zeugniszwang mehrfach über sozialdemokratische Redakteure verhängt worden — auch unser Genosse Baumüller ist ein halbes Jahr inhaftiert gewesen. So wenig wie jedoch Baumüller das Redaktionsgeheimnis gebrochen, so wenig wird der Untersuchungsrichter in Moabit erfahren, was er zu erfahren für notwendig erachtet. Auch der Vorwärts meint, daß die Nähe umsonst sei, wenn ein Beamter oder eine der Behörden unterstehende Person ermittelt werden sollte. Damit konstatiert der Vorwärts, was Bebel bereits früher im Reichstage ausgeführt, daß er die Beamten u., die ihm irgendwelche Mitteilungen zugehen lassen, gar nicht kenne — „das müßte ein schöner Esel sein, der sich in solchen Dingen der Redaktion zu erkennen gäbe“.

Und die Vossische Zeitung vermutet, daß die sozialdemokratischen Redakteure, wenn sie ihren Gewährsmann kennen, zweifelsohne nicht nennen werden; sie handelten in diesem Falle wie die Redakteure aller anderen Parteien. Denn kein ehrenhafter Mann kann sich eines Vertrauensbruchs schuldig machen. Ueber nimmt er ernstes Unge-mach auf sich, als daß er zum Denunzianten wird. Indem der Redakteur sich dem gesetzlichen Zwange fügt, wird er sich in der Presse unmöglich machen und sich selbst zu Grunde richten — das ist eine härtere Strafe, als sie ihn wegen Zeugniszwang treffen kann. Durch die Untersuchung am Freitag wird also das Publikum erfahren, daß sich jedermann, der ein Geheimnis an das Tageslicht bringen will, auf sozialdemokratische Redakteure verlassen könne und von ihnen keinen Vertrauensbruch zu erwarten habe. Der Zeugniszwang wider die Presse widerpricht so gut wie der gegen Arzt und Verteidiger dem Rechtsgefühl. Wie er für den Arzt und Verteidiger hinsichtlich der ihnen in ihrem Beruf anvertrauten Dinge nicht besteht, sollte er auch für den Redakteur nicht bestehen.

Christliche Liebe. Der Reichsbote vervollständigt seine Denunziation des Pfarres Naumann, den er scharf weg „den Sozialisten Pr. N.“ nennt, durch die Witterung einiger weiterer Stellen aus der Hufe, in welchen die Vor-

berungen der deutschen Lehrer — Gehaltsverhöhung und Besserung der Volksschule — vertreten werden. Besonders aber regt er sich darüber auf, daß Naumann mit so manchen anderen „das Christentum Christi, wie es in der Bibel steht, gelehrt wissen will, nicht aber das Christentum der Konfessionen, wie es in den Katechismen steht“ Solche und ähnliche Gedanken nennt der fromme Reichsbote in christlicher Liebe demagogische Fegerei; und mit dumpfer Stimme fügt er hinzu: „Wir teilen sie mit zum Beweise, wie es mit diesen Leuten abwärts geht, und viele mögen sie mahnen: Wer steht, der sehe zu, daß er nicht falle.“

Der **Bund der Landwirte** fordert seine Mitglieder auf, die Volksschule (in Magdeburg nennt sich dies Blatt Sachschau — „Volk“ ist zu gewöhnlich) nicht zu unterstützen, weil sie gegen den Antrag Kanitz agitiert. Bei der Volksschule (Sachschau) soll das Geschäft die Hauptrolle sein — Geld reicht nicht. Aus Furcht, etliche Abonnenten zu verlieren ist die Volksschule ziemlich kleinlaut geworden und die Redakteure der Sachschau wagen sich mit dem Antrag Kanitz nicht mehr so recht heraus. Die Befähigungsfähigkeit der Antisemiten ist unbezahlbar. Da kann Liebermann von Sonnenberg gelobt werden. Unbekümmert um das Geschick der Volksschule agitiert er nach wie vor für den Antrag Kanitz, dessen „Gemeingefährlichkeit“ offen zugegeben wurde.

Gegen die Kolportage richtet sich eine Verfügung des Justizministeriums, die es den Kolporturen auf Grund des § 56 der Gewerbe-Ordnung verbietet, kleine Druckschriften im Umherziehen zu verkaufen. Die Veranlassung zu diesem Verbote hat angeblich ein Lieferungs-werk gegeben, das den Fall Zietzen und die Geschichte des Prozesses in Romanform behandelt.

Italien.

Nach einer Meldung aus Adahagamus ist die Kolonne des Oberstleutnants Gallano in der Nacht bei Alba vorbeimarschiert. Einige Kundschafter fügen hinzu, daß Gallano bald im italienischen Lager eintreffen wird. Andere melden, daß Menelik den Abschluß des Friedens erwartet und diesem Ereignisse in Haufen entgegensehen wird.

Spanien.

Der Ministerrat beschloß, alle aus Cuba importierten Waren mit einem Extrazoll zu belegen, um das Geld zur Deckung der Kosten der Unterwerfung des Aufstandes auf Cuba aufzubringen.

Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Inland.

* Die **Zimmerer** der Firma Ed. Friedrich auf dem Terrain der Gewerbe-Ausstellung in Dreptow haben durch Rückprache mit dem Unternehmer einen Stundenlohn von 54 Pfg. erreicht. — Die Lohnunterschiede der **Korb-macher** in Dranienburg sind beigelegt, ohne daß es zum Streik gekommen ist. — Die **Weberinnen** der Tuchfabrik von Sternickel und Gülicher in Cupen haben ihren Streik erfolgreich beendet. — Um Arbeiter-Entlassungen zu vermeiden, ist in der **Sattlerei** der königlichen Artillerie-Werkstätte in München die Arbeitszeit vorläufig auf täglich 8 Stunden verkürzt worden. Ob dies unter Beibehaltung des bisherigen Wochenverdienstes geschehen ist, wird leider nicht berichtet.

Die organisierte Arbeiterschaft

rüstet sich in verschiedenen Städten Deutschlands um mit Beginn des Frühjahrs in eine Lohnbewegung eintreten zu können. Besonders rührig sind die Bauhandwerker, die Metall- und Holzarbeiter. Die Löhne in diesen Branchen sind in den letzten Jahren nicht unbedeutend gesunken. Wie allenthalben zugegeben wird, ist die Geschäftskonjunktur eine günstige. Das Streben der Arbeiter nach Besserstellung ihrer Lage ist demnach vollauf berechtigt. Wir vermögen nicht einzusehen, weshalb nur die Unternehmer von diesem günstigen Geschäftstande Vorteil einheimen sollen. Die, dieser günstigen Periode naturnotwendig folgenden Krise wird nur zu bald eintreten, und die Lage der Arbeiter wieder verschlechtern. Es muß daher Aufgabe aller Arbeiter sein, sich den bestehenden Organisationen anzuschließen. Freiwillig wird den Arbeitern nichts gewährt, was sie gewinnen wollen, müssen sie sich erkämpfen, daher mutig vorwärts, ehe es zu spät ist.

Eine Musterfabrikordnung.

Die Arbeiter der Richterischen Fabrik für photographische Apparate in Mulda befinden sich seit einigen Wochen im Auslande. Derselbe ist hervorgerufen durch die Vorlegung einer Fabrikordnung, durch welche die Selbständigkeit der Arbeiter völlig untergraben wird und sie selbst allerlei Schikanen ausgefetzt sind. Wir heben aus dieser Fabrikordnung folgende paar Sätze heraus:

§ 2. Wer bereits den zweiten Tag nach Antritt wegen Unbrauchbarkeit entlassen wird, erhält für seine Arbeit keine Entschädigung. § 2a. ...

Abgelehnt.

Die Forderungen der Konfektionsarbeiter sind von den Meistern und Unternehmern in der Berliner Konfektionsindustrie abgelehnt; das gütliche Entgegenkommen der Arbeiter und Arbeiterinnen ist trotzig zurückgewiesen worden.

Es bleibt den Arbeitern sonach nichts anderes übrig als zum Streik (der einzigen Waffe) zu greifen. Nach den uns vorliegenden Berichten scheinen die beteiligten Meister und Unternehmern bei der Abstimmung jedes Bemühen von dem Ernst der Situation gefehlt zu haben; sie schienen die Sache vielmehr als eine heitere Komödie aufzufassen.

Diese freche Art der Behandlung der von den Arbeitern aufgestellten Forderungen empörte die Gemüter der Arbeiter und wird sicherlich dazu beitragen, die zu Montag einberufenen 12 Versammlungen in hohem Grade zu füllen. Die Probenhaftigkeit der Meister und Unternehmern wird sicherlich gebührend gewürdigt werden.

Ausland.

Konferenz der organisierten Eisenbahnarbeiter. Ausgangs vergangener Woche tagte in Paris eine Konferenz der organisierten Eisenbahnarbeiter. Es wurden folgende Forderungen aufgestellt: Pensionsberechtigung familiärer Arbeiter nach Ablauf des ersten Dienstjahres, Festsetzung eines proportionalen Verhältnisses zwischen den Pensionen und den Löhnen, Lohnerhöhung für die niedrig bezahlten Arbeiterkategorien und Dienstalterszulagen, nicht

wie das bisher der Fall war, nach Belieben der Verwaltung, sondern nach fest bestimmten Regeln. Diese Forderungen wurden von einer Abordnung dem Minister der öffentlichen Arbeiten zur Kenntnis gebracht. Der Minister versprach, zunächst die Fragen eingehend zu untersuchen und, sobald es die verfügbaren Mittel erlauben würden, zur Befriedigung der Arbeiter zu entscheiden.

Aus den Gerichtssälen.

§ Hamburg. (Ein Opfer des Börsenspiels.) Am Sonnabend wurde gegen den Prokuristen der Dynamit-Aktiengesellschaft, Zander, verhandelt, der sich wegen wiederholter Untreue, zum Teil in Verbindung mit gewinnfüchtiger Urkundenfälschung, wiederholter Unterschlagung und einfachen Bankrotts zu verantworten hatte.

§ Weiskensfels. (Ein Pfarrer wegen Beleidigung bestraft.) Der Postbote Karl Werner überbrachte dem Pfarrer Heinrich Kieselring in Polerna einst eine Postkarte, die mit 20 Pf. Strafporto belastet war.

Und führe uns nicht in Versuchung, denn wir sind arm. So können die in Frankfurt a. M. wegen Fahrkartenbetrügereien verhafteten Bahnbeamten sagen. Auf welche Art und Weise die Beamten ihres Vergehens überführt worden sind, berichtet die Frankfurter Zeitung: Seit dem 4. Januar hielten sich danach die durch den vor einiger Zeit geführten Hamburger Schaffnerprozeß bekannten drei Geheimpolitisten in unserer Stadt auf.

wie man wohl am billigsten nach Basel, Köln, Mannheim, Mainz und Limburg reisen könne. Einige Bahnsteig-Schaffner wurden von den amtlichen Forschern beauftragt, mit solchen Zugführern und Schaffnern in Verbindung zu treten, mit denen „etwas zu machen“ sei. Tatsächlich sind mehrere Beamte der Verjuchung erlegen. Die Reisen der „blinden Passagiere“ kamen zu stande, und zwar so, daß diese etwa für die halbe Strecke Fahrkarten löstten und sich auf dem Rest des Weges durchschmuggeln ließen.

Magdeburg 30. Januar 1896.

Die neue Maschinenfabrik von Köhlig u. König in Lemsdorf wurde am Sonnabend eingeweiht. Dieser Tag war für die Arbeiter ein Feiertag, der nicht entzweielt wurde. Durch Wunsch wurde angeordnet, daß das Fabrikpersonal am Sonnabend nachmittags 2 1/2 Uhr sich in der alten Fabrik, am Breitenweg in Sudenburg, versammeln und bis 6 Uhr in der neuen Fabrik zu verweilen habe.

Anstellung von Schulärzten. Den Stadtverordneten in Wiesbaden ist eine Denkschrift über die Anstellung von Schulärzten für die Elementar- und Mittelschulen der Stadt zugegangen, in der beantragt wird, daß zunächst die vier Stadtdoktoren als Schulärzte im Nebenamt in Aussicht genommen werden.

Festleton.

(Auszug aus dem Roman von Georges Renard.)

Im Geil.

Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

René war auf das Außerste erregt. Mechanisch, wie wenn er nicht recht verstanden hätte, stammelte er: „Was sagen Sie? Wir greifen nicht mehr an?“

„Nein, sage ich Ihnen. Ich bedaure, Ihnen meine Motive nicht auseinandersetzen zu können. Sie beziehen sich auf Geheimnisse, die nur nicht allein gehören. Aber Sie werden mir aufs Wort glauben, daß es sehr ernste, zwingende Gründe sind.“

Mit einem Blick umfaßte René die verhängnisvollen Folgen dieses Rückzuges mitten im Aktuum.

„Es ist unmöglich!“ rief er. „Es ist zu spät, nun was zu schweigen. Das Publikum erwartet die verprochenen Beweise.“

„Es mag warten.“

„Unsere Kollegen werden Aufklärung verlangen.“

„Lassen Sie sie Aufklärung verlangen. Wir brauchen sie nicht zu beachten.“

„Der Unparteiische wird seinen guten Namen einbüßen.“

Der Beruhigte lächelte ein wenig, wie wenn er sagen wollte: Der Unparteiische hat schon anderes erlebt. Doch begnügte er sich mit der Antwort: „Beruhigen Sie sich deswegen nicht. Das ist meine Sache.“

„Aber die meinige auch!“ rief René. „Ich habe ungeheuren Anlaß zu erheben. Was soll man denn von mir denken, wenn ich mich im entscheidenden Moment zurückziehe?“

Der Finanzmann wollte durch eine Geste seine vollkommene Gleichgültigkeit zum Ausdruck bringen, unterließ es jedoch. Doch glaubte er mit entschuldigender Gemüthsruhe antworten zu müssen: „Daß man meistert den Klugheit. Man giebt seine Schlägen Schritt für Schritt auf. Für einen Lakaien des Journalismus ist das nur eine Kleinigkeit.“

René verharrete in düsterem Schweigen.

„Nicht wahr, die Sache ist abgemacht?“

Da der junge Mann noch immer nicht antwortete, fuhr Herr Bernheim schmeichelnd fort: „Hören Sie! Seien Sie vernünftig! Ich sage Ihnen, daß ich Sie insolge äußerst schwerwiegender Gründe Ihren Feldzug nicht fortsetzen lassen kann. Ich weiß, daß dies unangenehm für Sie ist. Aber ich will Sie dafür schadlos halten. Ich erhöhe Ihr Gehalt auf achttausend Franken pro Jahr. Genügt das? Nun, ich werde bis auf zehntausend Franken gehen.“

„Das ist also ein regelrechter Handel“, sagte René bitter; er war mit seiner Geduld zu Ende.

Das gleiche Gefühl des Finanzmannes färbte sich gelb — dies war nämlich seine Art, zu erröten — und seine Nase fing an heftig zu zittern. Dann erwiderte er plötzlich streng und gebieterisch: „Sie scheinen eine brutale Ausdrucksweise zu lieben. Wohl! Sei es! Um so besser. Ich bezahle Sie sonst dafür, daß Sie schreiben. Heute bezahle ich Sie dafür, daß Sie schweigen. Sie gewinnen dabei mein Lieber. Was wollen Sie mehr?“

„Ich will, daß mein Artikel erscheine.“

„Nein, so nicht. Mein Entschluß ist gefaßt und die Zeitung gehört mir.“

„Denken Sie doch daran, daß es sich um meine Ehre handelt.“

„O keine hochtrabenden Worte, wenn ich bitten darf. Ich gebe Ihnen zwei Stunden Bedenkzeit. Entweder bringen Sie mir das kleine Opfer und, so wahr ich ein ehrlicher Mann bin, ich werde Sie dafür belohnen. Oder aber, Sie gefallen sich darin, den Don Quixote zu spielen und dann wissen Sie, daß ich für einen verlorenen Redakteur zehn andere wieder finde.“

René verließ das Kabinett des Direktors wie ein Wahnsinniger. Ein Sturm der gemaltigsten Gefühle tobte in ihm. O Armut! O Knechtschaft! Der Willkür eines Bernheim überließ er, gezwungen zu sein, zwischen seinem Gewissen und jenem Diner zu wählen! Er eilte nach Hause, um die Frage, die ihm plötzlich so gravam, so brutal vorgelegt wurde, von allen Seiten zu betrachten.

Er fand Enten dort, der seine Mutter besuchte. Ihm ergabte er in einem Atem das Unglück, das ihm begegnet war. Zuerst erhob sich ein Sturm der Empörung. Das war unaufrichtig, gemein! Man wird doch nicht die Leute

vorwärts, um sie plötzlich anzuhalten, wenn sie sich compromittiert hatten. Man setzt ihnen nicht das Messer an die Kehle, um sie zum Schweigen zu bringen, nachdem man ihnen aufgegeben hatte, die Wahrheit laut zu verkünden. Der alte Schurkel! Er mußte nette Beweggründe haben, daß er sie nicht jagte! Jedenfalls war er gekauft worden, oder man hatte aus seiner eigenen Vergangenheit irgend einen Spitzbubenstreich ausgegraben und ihn mit Mazas (dem Gefängnis) bedroht, wenn er sein Gesicht nicht zum Schweigen brachte.

René ließ ihn austreden und fragte dann: „Was ratet Ihr mir nun? Was soll ich thun?“

Es entstand ein verlegenes Schweigen.

Lucien zögerte, für den Augenblick aus der Fassung gebracht. Dieser unvorhergesehene Fall brachte seine erzogene Vorsicht mit seiner angeborenen Rechtschaffenheit in Konflikt. Er fühlte das nicht wieder gut zu machende Unrecht, das René sich selbst anthon würde, wenn er in dem Moment schwieg, wo es galt, seine Behauptungen zu beweisen. Andererseits wagte er aber auch nicht, ihm zu einem Bruch zu raten, weil er dann von neuem einen Sprung in das Dunkle unternehmen mußte. Frau Messant begriff nicht gleich, welche Tragweite die Thatsache der Veröffentlichung oder der Nichtveröffentlichung des Artikels für ihren Sohn haben mußte. In ihrer ängstlichen Phantasie sah sie ihn schon wieder auf das Pflaster geworfen, gezwungen, die Jagd nach dem täglichen Brot von neuem zu beginnen. Galt es wieder, zu den Entbehrungen früherer Tage zurückzukehren? So sollten sie also immer in Not leben? Sie riet deshalb zur Verjöhnung, zur Nachgiebigkeit. Gab es denn kein Mittel, zurückzutreten, ohne daß es so ausjah? War es denn schließlich auch so nötig gewesen, daß er sich zum Rächer begangenen Unrechts machte? Was gewann er denn dabei, wenn er eine Schurkerei unter tausend enthüllte? Feinde und nicht einen Sou mehr. Da man ihn drängte, von einem nutzlosen und gefährlichen Unternehmen abzustehen, da man ihn sogar dazu zwang, nun, so konnte er die Sache ja sich selbst überlassen. Er konnte aus der Redaktion fortbleiben, sich krank melden. Er war doch nicht mit der polizeilichen Beaufichtigung der Börse und der Finanzgesellschaften betraut.

(Fortsetzung folgt.)

